

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Band: 65 (1986)
Heft: 10

Artikel: Thesen zur Kulturarbeit von Gewerkschaften und Sozialdemokratie :
wieder eine Hoffnung werden
Autor: Götz, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340398>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nigung für Atomenergie (SVA). Das heisst: Wer gegen uns ist, ist ein Kommunist.

Noch weiter gingen die Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK) mit ihrem Glaubensbekenntnis während den hitzigen Atomdebatten der 70er Jahre, die sich jetzt nach Tschernobyl teilweise wiederholen. In einer Broschüre über das Atomkraftwerk Beznau wurden drei Möglichkeiten unserer Energie-Zukunft entworfen. Nur eine dieser drei Szenarien führt schnurstracks zur «freien Wirtschaft», nämlich der Bau von «acht oder mehr Kernkraftwerken von je 1000 Megawatt Leistung» (das sind noch sechs weitere nach Gösigen und Leibstadt, also Kaiseraugst (AG), Graben (BE), Rüthi (SG), Inwil (LU), Verbois (GE) und ein zweiter Reaktorblock in Leibstadt).

Schon bei der Beschränkung auf drei grosse Atomkraftwerke (also Gösigen, Leibstadt und Kaiseraugst) müsste – so die NOK – die «Planwirtschaft» eingeführt und ein «eher rückläufiger Lebensstandard» in Kauf genommen werden. Falls aber keine weiteren AKWs in Betrieb genommen werden, dro-

hen böse Folgen: «Wirtschaftskrisen, soziale Spannungen». Dazu kommt erst noch, dass nur ein forciertes AKW-Ausbau einen «Geburtenüberschuss wie bis anhin» erlauben würde. Sonst müsste dem verblüfften Schweizervolk, zusammen mit einem AKW-Baustopp im Ernst auch ein brücker Gebär-Stopp verordnet werden. NOK-Rezept: «Geburtenüberschuss Null ab heute».

Letztere (Männer-)Drohung appelliert wahrscheinlich an tief-sitzende Frauen-Ängste. «Keine Experimente mit der Volkswirtschaft!» Bei diesem Aufruf dachte SVA-Bucher wohl eher an die Männer. Man ersetze «Volkswirtschaft» durch «Elektrowirtschaft». Wenn diese nämlich lauthals vor der schrecklichen, kommunistischen Planwirtschaft warnt (wie jüngst wieder Rudolf von Werdt, BKW-Direktor, in der Neuen Zürcher Zeitung), dann will sie davon ablenken, dass sie selbst nichts anderes betreibt. Es ist die Politik, die Bundespolitik vor allem, die aus dieser Planwirtschaft eine Marktwirtschaft machen könnte. So paradox das klingen mag. Im Elektro-

Business kann in der Schweiz nur der Staat die Marktwirtschaft garantieren.

Jetzt, solange die Strom-Männer ihren Stoff noch relativ billig, zu «Aktionspreisen» beziehen, fördern sie den Absatz mit Lockvogel-Angeboten (zum Beispiel für Elektro-Heizungen). Wenn dann in einigen Jahren die vollen Kosten der teuren Atomenergie samt Abfallbeseitigung auf den Preis schlagen, wenn die Bergkantone für bisher günstige Wasserkraft mehr Zinsen verlangen (was ihr gutes Recht ist), dann können die Tarife beliebig angehoben werden. Wir sind dann auf hohem Verbrauchs-Niveau stromabhängig geworden, und es gibt kein Zurück mehr.

Heute ist vielleicht noch Zeit für den Entzug, für ein Umsteigen auf sanfte, dezentrale, lebensfreundliche Energien, weg von der tödlichen Droge Atomkraft, fort aus den Klauen der Dealer, die uns mit allen Mitteln in der Abhängigkeit halten wollen – nachdem wir jetzt schon so schön angefixt sind. Doch leider kam Tschernobyl dazwischen und öffnete uns die Augen – besser als jede Therapie.

Thesen zur Kulturarbeit von Gewerkschaften und Sozialdemokratie

Wieder eine Hoffnung werden

Von Christian Götz

Christian Götz, geboren 1940, Mitglied im Vorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen. Seit etwa 25 Jahren ist Götz Mitglied der Gewerkschaften und der SPD.

I. Gravierende Defizite und Versäumnisse sind unübersehbar

Die Arbeiterbewegung war von Anfang an immer auch eine

Kultur- und Bildungsbewegung. Nicht zuletzt durch Offenheit, Kreativität und praktische Arbeit in diesen Bereichen sind wir gross geworden. Kultur und politische Kunst galten als unverzichtbare Kampfmittel, um langfristige Ziele und Tagesforderungen zu popularisieren. Angehörige der eigenen «Klasse» zu mobilisieren sowie Verbündete aus der intellektuellen und künstlerischen Szene zu gewinnen.

Misst man die *heutige* Praxis von Gewerkschaften und Sozialdemokraten an diesen historischen Erfahrungen, so sind gravierende Defizite unübersehbar.

II. Hervorragende Traditionen wurden vernachlässigt

Repäsentanten aus allen Lagern der Arbeiterbewegung, die die Nazi-Diktatur überlebt hatten, waren sich 1945 darüber einig,

einen «neuen Staat» und eine «neue Gesellschaft» aufbauen zu wollen. Die Prämissen lauten: Gegen Faschismus, Militarismus und Kapitalismus – für mehr Demokratie, geistige Freiheit und Selbstbestimmung. Diese Grundorientierung geriet in den folgenden Jahren zunehmend in Vergessenheit. Im Vordergrund standen der wirtschaftliche Wiederaufbau, die notwendige Befriedigung unmittelbarer Lebensbedürfnisse. Gesellschaftliche Organisationen, die ihre theoretische und ideologische Arbeit verkümmern lassen und fast ausschließlich auf «Pragmatismus» setzen, brauchen sicherlich PR- und Werbeagenturen. Dagegen sind Kultur, Kunst und Künstler weniger notwendig und gewollt. In diesem Sinne haben DGB und SPD nach 1945 nicht an ihre hervorragenden kulturellen Traditionen aus der Weimarer Republik angeknüpft und zeitgemäß weiterentwickelt. Hier liegen wesentliche Ursachen für die heutige Misere.

III. «Konkrete Utopie-Perspektive-Veränderung»-unbesetzte

Orientierungsmarken

Vor diesem Hintergrund ist es kein Zufall, dass Jugendliche, Intellektuelle und Künstler – soweit sie überhaupt noch bereit sind, sich im linken politischen Spektrum zu engagieren – überwiegend nicht zu uns kommen, sondern zu den «Grünen», zur Friedensbewegung und Initiativen der unterschiedlichsten Art abwandern. DGB und SPD werden dagegen zu den «etablierten Organisationen» gerechnet, von denen man keine «zündenden Ideen» mehr erwartet.

Das ist allerdings kein zwangsläufiger Prozess. Das bestätigen auch jüngere Erfahrungen. Um ein wichtiges Beispiel aus der SPD zu nennen: *Willy Brandt*

trat 1969 seine Kanzlerschaft unter der eingängigen, von Konservativen aller Schattierungen als Provokation empfundenen und bekämpften Lösung «Mehr Demokratie wagen» an. Aktive Friedens- und Reformpolitik bildeten die Kernstücke des «neuen Aufbruchs». In dieser Phase scharften sich in lange nicht mehr gekanntem Umfang auch Jugendliche, Intellektuelle und Künstler um die SPD, vertraten offensiv deren Ziele und befruchteten im Umkehrprozess sozialdemokratische Programmatik und Praxis.

Zehn Jahre später (lt. Interview mit der «Welt der Arbeit» 35/79) erklärte *Hans Matthöfer*: «Viele meinen, die CDU könne den kapitalistischen Staat besser verwalten. Aber das stimmt nicht. Wir können das besser, und wir sagen das nicht nur, wir beweisen es auch.» Im Endergebnis führte dieses «Konzept» allerdings zur «Wende».

Im engeren Sinne bezogen auf Kultur, Kunst und dort Aktive bedeutete das: «Verwalten», nicht mehr Veränderung und schrittweise Überwindung des kapitalistischen Staates (damaliges), aktives Eintreten für die sog. «Nachrüstung», Reformstopp und Sozialabbau waren – und sind – politische Maximen, von denen logischerweise keinerlei Faszination auf Menschen und Gruppierungen ausgeht, die – neben der möglichst optimalen Bewältigung der Tagespolitik – auch die Orientierungsmarken «konkrete Utopie, Perspektive und Veränderung» besetzt sehen wollen.

IV. Unser Kulturthema: Arbeit und Leben

Von der Notwendigkeit, sich wieder deutlicher als «gesellschaftlichen Hoffnungsträger» zu verstehen, zu artikulieren und, vor allen Dingen, zu überzeugen, stehen nicht weniger

die Gewerkschaften. Bei diesem Erneuerungsprozess – anders ausgedrückt: der Entwicklung von Positionen der «Gegenmacht» – können und sollen Kultur und Kunst eine wichtige Rolle spielen. Das gilt dann auch für die entsprechenden gewerkschaftlichen Einrichtungen – wenn wir sie gezielt einsetzen, fördern und ausbauen.

Es kommt also vorrangig auf die Veränderung unserer *kulturellen Praxis* an, weniger auf die Formulierung neuer programmatischer Ziele. Die 1961 vom *DGB-Bundesvorstand* veröffentlichten «Grundsätze zur Kulturpolitik und Kulturarbeit» sind nach wie vor aktuell.

Der gewerkschaftliche Kulturbegriff umfasst danach *Arbeit und Leben*, in aller Vielfalt und Widersprüchlichkeit.

Im überwiegenden Gegensatz zur «bürgerlichen Kultur» (die wir trotzdem nicht undifferenziert ablehnen oder gar bekämpfen, weil wir ihr viel zu verdanken haben), ganz eindeutig aber im Gegensatz zur *Freizeit-Industrie(!)* spalten wir die Arbeitnehmer nicht in ein «kulturloses Arbeitswesen» und ein «kulturvolles Freizeitwesen».

Diese Spaltung erfolgt bewusst. Sie ermöglicht es der Freizeit-Industrie erst, unsere kulturellen Bedürfnisse zu steuern und zu vermarkten.

Wir müssen dagegen immer wieder den *unmittelbaren Zusammenhang* zwischen den beiden Lebensbereichen Arbeit und Freizeit aufzeigen; verdeutlichen, wie determinierend wechselseitig die Bedingungen hier und dort wirken. Vorrangig aus dieser Aufgabenstellung leiten sich Anspruch und Notwendigkeit *eigenständiger* Kultur und politischer Kunst ab.

V. Künstler «in den Dienst» nehmen

Gewerkschaftliche Kulturarbeit ist im übrigen *denselben Zielen* verpflichtet wie die Gewerk-

schaftsbewegung insgesamt: Es gilt, im Spannungsfeld des Interessengegensatzes von Kapital und Arbeit die Bedürfnisse und Forderungen der abhängig Beschäftigten durchzusetzen, mit diesem Ziel einen Beitrag zur «Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft» (DGB-Grundsatzprogramm) zu leisten.

In diesem Sinne messen wir Kulturarbeit und Kunst durchaus auch an ihrer «Wirkung» – «Wirkung» heisst u.a.: Geschichtliche Erfahrungen bewusst machen, gesellschaftliche Zusammenhänge aufzeigen. Phantasie und Kreativität wecken und fördern, Mut vermitteln, zum Leben fähiger machen.

In diesem Sinne hat Kunst für uns ihren «Gebrauchswert», nehmen wir Künstler «in den Dienst». Das ist legitim, hat nichts mit «Missbrauch» bzw. damit zu tun, sich nur eine «neue kulturelle Zierleiste» zulegen zu wollen. Niemand ist je *verpflichtet*, mitzumachen und sich solchen Ansprüchen zu unterwerfen.

Attraktive Kulturprogramme ersetzen keine fortschrittliche Programmatik

Beide Seiten müssen wissen: «Zündende Ideen», eine fortschrittliche, mobilisierende Programmatik lassen sich durch ein noch so attraktives Kulturprogramm *nicht* ersetzen. Diese «Gedankenarbeit» müssen wir – Gewerkschafter und Sozialdemokraten – schon selber leisten. Dabei sind Aktive aus dem Bereich von Kultur und Kunst eingeladen, mit zu diskutieren. Es liegt auch nicht in unserem Interesse, sie nur auf eine «Umsetzungsfunktion» zu reduzieren. Ein gutes Beispiel für die «richtige Reihenfolge» war und ist der Kampf um die *Arbeitszeitverkürzung*. Die Propagierung der 35-Stunden-Woche als ein ge-

werkschaftliches Hauptziel hat zu einer lange nicht mehr gekannten Belebung unserer eigenen Kulturarbeit sowie zur Unterstützung durch «Aussenstehende» geführt. An der kulturellen Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung haben sich (lt. DGB-Nachrichtendienst vom 5.6.1984) bundesweit rund 400 professionelle und Laienkünstler beteiligt.

Dass damit beachtliche «Wirkung» erzielt wurde, bestätigten nicht zuletzt unsere *Interessengegner* in Politik und Medien. Sie diffamierten und denunzierten diese Kulturarbeit als «einseitig, ideologisch, unausgewogen, platte Agitation, Propaganda ohne künstlerischen Wert» u.ä. Und «natürlich» durfte auch der stets parate Vorwurf der «kommunistischen Unterwanderung» nicht fehlen. Nach meiner Meinung sollte auch und gerade für diesen Bereich unserer gewerkschaftlichen Arbeit die alte Erfahrung gelten: Aufgeregtheit und Diffamierungen der Interessengegner bestätigen eher, dass wir auf dem *richtigen Weg* sind.

VII. Erneuerungsprozess von unten fördern und unterstützen

Trotz allen nach wie vor bestehenden Defiziten in der kulturellen Praxis der Gewerkschaften hat in den letzten Jahren auf diesem Feld ein nicht zu unterschätzender *Erneuerungsprozess von unten* stattgefunden.

Nach einer jüngeren Bestandsaufnahme des DGB gibt es 295 gewerkschaftliche Kulturgruppen. Immer mehr Veranstaltungen zum 8. März, 1. Mai und 1. September sind ohne *eigenständiges* Kulturprogramm (also deutlich *mehr* als «kulturelle Zierleiste») kaum noch denkbar.

Der Erneuerungsprozess von unten sollte durch mehr praktische Unterstützung und Koordination «von oben» beantwor-

tet und gefördert werden. So ist z.B. nicht einzusehen, warum es beim DGB-Bundesvorstand, neben Ausschüssen für Personengruppen und Fachbereiche, nicht auch einen – kompetent besetzten – *Kulturausschuss* gibt: warum neben anderen entsprechenden Bundeskonferenzen nicht auch regelmässig eine *DGB-Kulturkonferenz* stattfindet, mit der wir unsere Positionen und Forderungen in die Öffentlichkeit tragen und zum Dialog einladen. Das wären wichtige Schritte auf dem Weg, unsere Kulturpolitik und Kulturarbeit zu einem genauso selbstverständlichen, gleichgewichtigen Teil unserer Aktivitäten zu machen wie z.B. Tarif-, Angestellten- und Bildungsarbeit.

Leserecho

Sprachverwirrung

Liebe Genossin, nachdem ich alle Beiträge zum «Radwechsel» in Nr. 7/8 der «Roten Revue» gelesen habe – und Ruedi Strahms Buch natürlich auch –, möchte ich Ihnen gratulieren zu Ihrem Beitrag «Radwechsel: Erste Runde». Er ist von allen sechs Beiträgen meines Erachtens der einzige, der von jeder Genossin und jedem Genossen, auch ohne Mittelschul- oder Hochschulbildung, ganz verstanden werden kann. Wer versteht z.B. Sätze wie den folgenden (S.8): «Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft wird aus dieser Sicht eingeleitet durch die Innovation und Diffusion der neuen Technologien; es ist dann nur noch eine Frage ideeller Sensibilität, diese Realtendenz programmatisch zu verdichten und sie zum Kristallisationspunkt einer neuen, mehrheitsfähigen parteipolitischen Identität zu machen?»